Nr. 15 * * * 34. Jahrgang

Berlin, den 14. April 1928

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0/50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1/— Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0/10 Reichsmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Kölner Pressa.

Die Weltausstellung 1928.

In Köln wird Mitte Mai eine große Ausstellung internationalen Gepräges eröffnet, die im Sinne und im Ziel eine bisher einzigartige Aufgabe zu lösen versucht. Unter dem Kennwort „Pressa" soll hier mit dem größten Aufwand der modernen Ausstellungstechnik die Verbindung des gesamten sozialen, politischen und kulturellen Lebens mit dem gedruckten und verbreiteten Wort anschaulich werden. Im ersten Augenblick mag es gewiß nicht leicht sein, zum Kern des Gedankens der „Pressa" einen Weg zu finden. Mit dem Begriff „Presse" verbindet sich sofort der Gedanke an bedrucktes Papier, an Materialien und Dokumente der Geschichte oder an die moderne Zeitung mit ihrer technischen Entwicklung und organisiertem Publikum. Wollte die Kölner Ausstellung aber nur Fassaden und Kulissen einer äußerlichen Entwicklung zeigen, so würde sie keinen Anspruch auf eine besondere Beachtung besitzen. Darum hat sie ihren Rahmen viel weiter gespannt. Hoch über die Darstellung von Druck. Nachricht, Zeitung, Buch- und Zeitschrift hinaus will sie ihrem Auge, dem „Auge der Welt", von einem wesentlichen geistigen Besitztum unserer Gegenwart zeugen.

Im Schatten der Kölner Domtürme, auf dem rechten Stromufer, werden sich auf dem Ausstellungsgelände von 5 Kilometern Länge zahlreiche große Gebäude und Hallen mit 500 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche erheben, die der Vollendung entgegenreifen. Verantwortliche Trägerin der Ausstellung ist die Stadt Köln, die mit starkem Unternehmungsgeist und erheblichen Geldmitteln hinter der „Pressa" steht. Die Ausführung übernimmt sie jedoch in Gemeinschaft mit der Wissenschaft und mit den in Frage kommenden Organisationen und Berufsverbänden. Eine große kulturgeschichtliche Abteilung gibt den Auftakt. Hier werden die verschiedenen Entwicklungsstadien des Presse- und Nachrichtenwesens auf dem Hintergrunde zeitgeschichtlicher Darstellung verdeutlicht. Eine Fülle von niemals öffentlich geschautem Material wird in diese Abteilung von den unendlich zahlreichen Vorläufern der Zeitung, von der gesungenen mittelalterlichen der Bänkelsänger, bis zur handgeschriebenen und endlich zur gedruckten modernen Zeitung führen. Große geschichtliche Wendepunkte und überragende Persönlichkeiten mit ihrer Wirksamkeit in die Ferne geben fesselnde Beispiele dafür, wie unendlich weit und mühsam in verklungenen Zeiten der Weg vom Ereignis bis zu seiner allgemeinen Verbreitung gewesen ist.

Von nicht geringerer Bedeutung wird die Standardausstellung, die moderne Tageszeitung, sein. Ihre Aufgabe ist schwierig und einzigartig. Hier handelt es sich nicht nur um Technik und Organisation, um Schaustellung von Sachen und Waren, sondern um Verkörperung eines unendlich verzweigten, lebendigen Schaffungsgeistes. Hier soll das Hirn der Zeitung und ihr geistiger Werdeprozeß anschaulich werden — ein problematisches Ziel, das sich jeder ausstellungstechnischen Lösung entgegenstellt —. Aber man wird wenigstens Versuche in dieser Richtung unternehmen: durch die Darstellung einer Redaktion, die das rasende Tempo unserer Zeit hindurchläuft, und in der sich die unendliche Vielfältigkeit zwischen Nachricht und sozialer, politischer und kultureller Willensbildung täglich aufs neue reproduziert.

Die „Pressa" wird eine Redaktion zeigen mit ihrer gesamten modernen Apparatur, den eiligen Flügellauf des Nachrichtenwesens mit Kabeltelegraphie, drahtloser Telephonie und Bildübertragung. Sie will die Organisation des Weltnachrichtendienstes bis zu den Nachrichtenbureaus und dem Korrespondenzwesen bis hinunter zum technischen Zeitungsbetrieb darstellen, mit Verlag, Anzeigenwesen und den Helfern Post und Eisenbahn bei der unmittelbaren Verbreitung. Daneben sind eine Fülle von Sonderabteilungen in Vorbereitung. Es gibt eine wissenschaftlich-statistische Abteilung, die mit Hilfe plastischer Modelle den Eingriff der Tageszeitung in unser gesamtes Gegenwartsleben erfassen und veranschaulichen will, Buchgewerbe und Graphik, eine große Zeitschriftenschau Presse und Kunst, die Karikaturen der Presse und endlich die Maschine mit ihren immer gewaltigeren Formaten, immer komplizierter werdenden, helfenden Armen im modernen Zeitungsdienst. Hinzu treten die Kollektivausstellungen der Zeitungsverlegerorganisationen und die eigenen Ausstellungen der größten deutschen Zeitungsverlage auf der „Zeitungsstraße" mit besonderen Pavillons. In der Zeitschriftenschau wird u. a. ein mustergültig eingerichteter Lesesaal gezeigt, der eine genaue Nachbildung des Lesesaales der Deutschen Bücherei in Leipzig darstellt. Der Rohstoff der Presse, das Papier, und das werbewirksame Inserat, in dem die neuesten werbetechnischen Erfahrungen angewandt werden sollen, sollen geschickt das „laufende Band" von der Urproduktion bis zum „Fertigfabrikat" verdeutlichen, wo die kapitalistischen Antriebskräfte ihren realen Zweck erreichen. Kein Zweifel, daß diese Ausstellung tiefe Einblicke in eine der wichtigsten kapitalistischen Kraftquellen gewähren wird.

Daneben stehen zahlreiche Sonderausstellungen politischer und weltanschaulicher Gruppen, die in eigenen Abteilungen und Gebäuden sehr eindrucksvoll erscheinen werden. Die Einflußsphären von Weltanschauungen, die im Schrifttum ein Ausdrucks- und Werbemittel gefunden haben, sollen zur Darstellung kommen. Das katholische, das evangelische und das jüdische Schrifttum planen in eigenen Gebäuden wirksame Bekundungen ihres Einflusses auf Seelen und Sachen. An einem Schnittpunkt des Ausstellungsgeländes aber wird sich ein Haus erheben, dem unsere besondere Zuneigung gehört: Das Haus der Arbeiterpresse. Hier wird die sozialdemokratische Presse in Gemeinschaft mit einer Zeitungs- und Zeitschriftenschau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine überzeugende Schau vom Wesen und von der Entwicklung der Arbeiterpresse bieten. Das Haus, geschaffen von dem jungen Kölner Architekten Hans Schuhmacher, erhält als Krönung einen 23 Meter hohen Turm. Es wird nicht nur wegen seiner eindrucksvollen architektonischen Linienführung, sondern auch wegen der Art, wie hier das geistige und organisatorische Dasein der modernen Arbeiterbewegung und ihre politische und gewerkschaftliche Entfaltung verdeutlicht wird, stärkste Aufmerksamkeit auf sich lenken. Der ADGB. war sich bei der Einrichtung seiner Abteilung der hohen Verantwortung bewußt, die ihm auferlegt worden ist, und er bedient sich aller Hilfsmittel der modernen Ausstellungstechnik, um seine Schau auch jenen Besuchern, die durch die Vielfalt des Gebotenen nur zu leicht überwältigt sind, aufs stärkste einzuprägen.

Bei der Ausstellung der Berufsverbände sind alle Organisationen des graphischen Gewerbes, die der Arbeiter und der Unternehmer, vertreten. Für uns hat diese Ausstellung, an der wir direkt beteiligt sind, eine noch stärkere Teilnahme als die Buchgewerbeausstellung in Leipzig im Jahre 1914 gefunden. In einer Sonderausstellung gruppieren sich die repräsentativen Ausstellungen der verschiedenen Organisationen, auf der einen Seite die der Unternehmer, auf der anderen die der Arbeiter. Wachsen und Werden, gegenwärtige Struktur und die immer eingreifendere Wirksamkeit der einzelnen Verbände auf wirtschaftlichem, sozialem, künstlerischem, technischem Gebiete

Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes für den 1. Mai 1928

An die Arbeiter aller Länder!

Der Achtstundentag ist in Gefahr!

Seit 1919 hat sich die Mehrheit der Regierungen geweigert, das Washingtoner Achtstundenübereinkommen, das den Achtstundentag verallgemeinern sollte, durch die Parlamente ratifizieren zu lassen.

Das Unternehmertum hat diese Frist in zynischer Weise zu seinem Vorteil ausgenützt und unter Berufung auf wirtschaftliche Schwierigkeiten versucht, wieder längere Arbeitszeiten einzuführen.

Die Gefahr ist heute dräuender als je! Hat doch die konservatvie britische Regierung, die der Reaktion im Kampfe gegen den Achtstundentag vorangeht, vor dem Internationalen Arbeitsamt eindeutig die Frage der Revision des Washingtoner Uebereinkommens gestellt!

Wenn sich das internationale Proletariat nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt und die Ratifizierung der Konvention nicht vor 1930 — dem Zeitpunkt der Revision — erzwingt, dann besteht die Gefahr, daß die Reform, für die die Arbeiter der ganzen Welt seit mehr als einem Vierteljahrhundert gekämpft haben, verloren geht.

Ein derartiges Verbrechen am Achtstundentag darf die Arbeiterklasse nicht zulassen! Eine Verstümmelung dieser wichtigsten sozialen Errungenschaften wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht!

Achtstundentag: das bedeutet einige Stunden der Muße für das Familienleben des Arbeiters, für seine geistige Erweckung und zugleich die Möglichkeit der Entwicklung seines vollen Menschentums.

Der Achtstundentag: das ist die Hoffnung des Proletariats auf Befreiung, das belebende Bewußtsein einer besseren Zukunft!

So ist die Pflicht der Arbeiterklasse von selbst vorgezeichnet:

Verteidigung des Achtstundentages mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften!

Wir fordern das internationale Proletariat auf, am 1. Mai, dem historischen Tag der Achtstundenforderung, sich zugunsten des Achtstundentages und zu seiner Rettung zu einer mächtigen Protestkundgebung zu erheben!

Keinen Aufschub, kein Zuwarten mehr!

Die Regierungen haben den übernommenen, durch ihre Unterschrift beglaubigten Verpflichtungen gemäß zu handeln.

In allen Parlamenten muß die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens zur Behandlung gestellt werden! Die unbeugsame Haltung der organisierten Massen muß die nationalen Gesetzgebungen zwingen, endlich zur Ratifizierung zu schreiten!

Es geht um Wohlsein, um Freiheit und Zukunft der Arbeiterklasse in diesem Kampfe um den Achtstundentag: ihn mit erneuter, mit unbesieglicher Kraft zu führen, muß der unverbrüchliche Wille der Arbeiter aller Länder sein!

Ein Scheitern des Achtstundentages würde einen neuen Wirtschaftskrieg zwischen den Völkern entfesseln; der mörderische kapitalistische Konkurrenzkampf würde neue Verheerungen in der Arbeiterklasse anrichten, der Imperialismus, diese stärkste und latente Kriegsgefahr, neue Orgien feiern!

Die Rechte der Arbeiter, die bereits erzielten sozialen Reformen und der Frieden der Welt sind in Gefahr!

Das internationale Proletariat wird angesichts all dieser Bedrohungen zu zeigen haben, daß hinter seinem großen Namen die lebendige Kraft und der tatbereite Wille der Massen stehen!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), C. Madsen (Dänemark), C Mertens (Belgien), R. Tayerle (Tschechoslowakei), Joh. Sassenbach (Sekretär).

werden ebenfalls in instruktiver, fesselnder Darstellung ihre Würdigung finden. Als die größten dieser Ausstellungen heben sich besonders hervor einerseits die des Deutschen Buchdruckervereins, andererseits die des Verbandes Deutscher Buchdrucker, dem der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker und die Büchergilde Gutenberg angeschlossen ist. Die anderen Verbände reihen sich mit einer mehr oder weniger großen Schau an: Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer, Bund der chemischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands, Druckfarbenverband, Verein Deutscher Schriftgießereien, Bund der xylographischen Anstalten Deutschlands, Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer, Verband Deutscher Buchbindereibesitzer auf seiten der Unternehmer; Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands, Verband der Lithographen und Steindrucker, Gutenberg-Bund, Deutscher Faktoren-Bund und Verband der Buchbinder seitens der Arbeiter.

Gegenwärtig sind die Grundmauern der Ausstellungsgebäude vollendet, Gebäude von kühnem architektonischem Schwung, die in wenigen Monaten vom Brausen der Maschinen, von den Schritten lernfreudiger und schaulustiger Menschen widerhallen sollen. Dann wird sich zeigen, ob es gelungen ist, Besitztümer der Vergangenheit und Gegenwart, die bisher vorwiegend im Reiche des Papiers und der Abstraktion lebten und Ideen, Bindungen und Willenskräfte unter Menschen zur Wirksamkeit brachten, zur lebendigen Gegenständlichkeit zu bringen. Die Einzigartigkeit der Ausstellungsidee der „Pressa" spannt die Anforderungen und Erwartungen ganz besonders hoch. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat durch ihre aktive Beteiligung die Grundidee der Ausstellung bejaht. Ob sie in ihrer Gesamtheit ein schöpferisches Beispiel vom Zusammenwirken des Kopfes mit dem Werk der Hände ist und Wege zu einer sozialen und kulturellen Neuordnung weist, darüber wird in späteren kritischen Urteilen zu reden sein.

Zahlstellenleiterkonferenz des Gaues I Rheinland-Westfalen.

Unter starker Beteiligung der verantwortlichen Zahlstellenfunktionäre fand am 1. April, 10 Uhr vormittags, im Jägersaal des Restaurants „Zum Salzrümpchen" eine Konferenz statt, die infolge der abgeschlossenen Lohnbewegung außerordentlich aktuell und impulsiv, entladend und entspannend, aber für manchen auch sehr heilsam und lehrreich war. 53 Delegierte aus 36 Zahlstellen, Verbandsvorsitzenden Pucher und die Gauvorsteher Bertram und Reis von den Gehilfenverbänden konnte Gauleiter Heilmann begrüßen. Der Gauvorstand war vollzählig vertreten. Außerdem waren aus verschiedenen Orten Gäste erschienen; die Zahlstellenleiter von Gelsenkirchen, Herne, Münster und Wiesdorf waren verhindert.

„Zur tariflichen Situation" hielt Verbandsvorsitzender Pucher einen anderthalbstündigen instruktiven Vortrag. Ausgehend von den ergebnislosen Versuchen der Verbandsvorstände, eine zwischentarifliche Lohnerhöhung im November vorigen Jahres herbeizuführen, schilderte er eingehend den ganzen Verlauf der letzten Lohnverhandlung. Die Konferenzteilnehmer erhielten genauen Einblick in den Verhandlungsapparat, von den Vorberatungen bis zum Schluß vor dem Reichsarbeitsminister, von der Wirkung der restlos erfolgten Kündigungen — der Probe-Mobilmachung — und den bis zur Löcherlichkeit gehenden Angstbeschlüssen der Prinzipale sowie der übereilten Verbindlichkeitserklärung mit den rechtlichen Wirkungen. Einzeln wiederzugeben, wie treffend und sachlich Kollege Pucher die ganze Lohnbewegung mit ihrem Ausgang und unseren sich daraus ergebenden Folgerungen behandelte, ist nicht Aufgabe dieses Berichts. Die Tatsache muß aber festgehalten werden, daß der mit Beifall aufgenommene Vortrag manche vorgefaßte Meinung zerstreute und allen die Erkenntnis wurde, daß die Verbandsvorstände durchaus folgerichtig und im besten Sinne für die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe gehandelt haben.

In der Aussprache gaben alle Redner ihrer Empörung über die Haltung der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers Ausdruck. Einige machten dem Verbandsvorstand wegen der Anweisung zur Rücknahme der Kündigungen Vorwürfe, andere verlangten Beseitigung der Schlichtungsverordnung, ein Kollege versuchte, die Kommunistische Partei als Vertretung der Arbeiterschaft hinzustellen, der man bei den kommenden Wahlen die Stimme geben müsse, um radikal mit den heutigen Verhältnissen aufzuräumen. Ein weiterer Redner von derselben Geistesauffassung hielt es für angezeigt, den Arbeiterführern vorzuwerfen, die Verbindung mit der Kollegenschaft verloren zu haben.

Der Konferenzleiter hatte der Aussprache weitesten Spielraum eingeräumt, damit allen Meinungen Ausdruck gegeben werden konnte. Es sprachen der Wortmeldung nach: Fiedler, Essen; Heil, Trier; Beskow, Düsseldorf; Ramuschat, Solingen; Stempel, Dortmund; Bertram und Heilmann, Köln; Büchner, Bonn; Weber, Barmen; Roscher, Rheydt; Mehrwald, Hagen; Frömbsdorff, Remscheid; Störk, Saarbrücken. Im Schlußwort stellte Kollege Pucher, soweit das nicht durch die Redner selbst geschehen, falsche Auffassungen richtig, gab Aufklärung über die Licht- und Schattenseiten der Schlichtungsordnung, über die Notwendigkeit der Disziplin, auch dann, wenn ein gewünschter oder berechtigter Erfolg nicht erzielt sei, denn gerade darin beweise sich die Stärke einer Organisation. Den Vertretern Moskauer Parolen erklärte er unter dem Beifall der ganzen Konferenz, daß die denkende Arbeiterschaft schon längst erkannt habe, welche sozialistische Partei die Verfassung der deutschen Republik schütze und wirkliche praktische Arbeit in den Parlamenten leiste. Der Aufstieg der Sozialdemokratie bei allen jüngsten Wahlen werde ihr zweifellos im Mai einen Sieg bringen, trotz aller Werbetrommeln und Propagandamittelchen rechts und links.

In der Nachmittagssitzung berichtete Gauleiter Heilmann zunächst über: „Organisations- und Agitationsfragen". An Hand einer vorgelegten statistischen Zusammenstellung wurden die Mängel festgestellt, die abstellungsbedürftig, aber auch die Erfolge gewürdigt, die in den verschiedensten Zahlstellen festzustellen sind. Lohnbewegung und Kündigungsmaßnahmen haben außerordentlich werbend für uns gewirkt. 150 Neuaufnahmen innerhalb einer Woche sei nur das vorläufige Ergebnis. Unter Organisationsfragen wurde u. a. besonders darauf hingewiesen, Klagen an Arbeitsgerichten möglichst immer erst dann einzureichen, wenn der genaue Tatbestand dem Gauleiter vorher zur Beurteilung vorgelegen hat.

Zur „Beschlußfassung über gemeinsame Anträge zum Verbandstag" lagen der Konferenz Vorschläge der Zahlstellen Köln, Düsseldorf, Dortmund und Elberfeld-Barmen vor. Nach gründlicher Aussprache, namentlich über eine Beitragserhöhung — unter Berücksichtigung von Verbesserungsanträgen zu den Unterstützungseinrichtungen und Einführung der Invalidenunterstützung —, fanden sämtliche Anträge der Mitgliedschaft Köln fast einstimmige Annahme. Die Anträge aus Elberfeld-Barmen und Rheydt wurden zurückgezogen. Die Dortmunder und Düsseldorfer Anträge verfielen der Ablehnung. Die beschlossenen Anträge gelten als solche des Gaues I und werden vom Verbandsvorstand veröffentlicht. Ueber die Aufgaben des Verbandstages gab Kollege Pucher aufschlußreiche Mitteilungen, die von der Konferenz mit Aufmerksamkeit aufgenommen wurden.

Ueber die Delegiertenwahl zum Verbandstag verständigte sich die Konferenz auf Vorschlag des Gauleiters in folgender Weise. Den Mitgliederzahlen entsprechend haben nach dem Wahlausschreiben des Verbandsvorstandes folgende Zahlstellen Delegierte vorzuschlagen und dem Gauleiter mitzuteilen: 1. Köln, 2. Elberfeld, 3. Essen, 4. Düsseldorf, 5. Dortmund, 6. Trier, 7. Viersen, 8. Saarbrücken, 9. Düren, 10. Krefeld, 11. Duisburg, 12. Iserlohn, 13. Rheydt, 14. Neuwied. Die Kandidaten werden in vorstehender Reihenfolge auf einem Stimmzettel zur Urwahl gestellt. Als Delegierte sind diejenigen sechs Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, die übrigen acht gelten je nach Stimmenzahl als Vertreter.

Nach einigen Aufklärungen über unsere Veranstaltungen zum Verbandstag, zu denen die Mitglieder des Gaues eingeladen sind, da beschlußgemäß die Gaukasse zu den Kosten in gleicher Höhe wie die Zahlstelle Köln beiträgt, schloß Gauleiter Heilmann mit Dank für die geleistete Arbeit in den Mitgliedschaften und Anerkennung für die geistige Regsamkeit der Teilnehmer um ½9 Uhr die ausgezeichnet verlaufene Konferenz.

Gautag des Gaues V.

Nachdem am Vorabend des Gautages die Chemnitzer Kollegenschaft den Delegierten zu Ehren einen Kommers veranstaltet hatte, eröffnete der Gauleiter Kollege Herrmann am Sonntag, dem 25. März, gegen 10 Uhr morgens, im „Hotel Preußischer Hof" den Gautag. Nach herzlicher Begrüßung der Delegierten, Gäste und Vertreter der Bruderorganisationen ehrten die Anwesenden die im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder unseres Gaues durch Erheben von den Plätzen. Vom Hauptvorstand war wegen der schwebenden Lohnfrage leider niemand anwesend. Der Kartellvorsitzende von Chemnitz wünschte auch in Zukunft ein inniges Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände, um den Industrieverband recht bald aus der Taufe zu heben. Die Konstituierung ergab folgendes: 1. Vorsitzender Kollege Herrmann-Dresden, 2. Vorsitzender Kollege Findemirth-Chemnitz. Als Schriftführerin fungierte die Kollegin Lehmann. Anwesend waren 43 Delegierte, ein Gauleiter, ein Beiratsmitglied und eine Schriftführerin. Die Zahlstelle Grimma fehlte.

Zum Situationsbericht übergehend, führte Kollege Herrmann aus, daß die Rationalisierung auch in unserem Beruf Platz gegriffen habe. Durch die Einführung von Offset-, Rotary-, Walzenwaschmaschinen, Anlegeapparaten, des laufenden Bandes usw. werden viele Arbeitshände unnötig gemacht. Gleichzeitig gehen die Unternehmer dazu über, Betriebsingenieure, ehemalige Offiziere, sogenannte Sparapostel, in die Betriebe einzustellen, die sogar mit der Stoppuhr die Leistungen des Personals kontrollieren. Kollege Herrmann führte hier eine Anzahl besonders krasse Fälle an. Von unserer Kollegenschaft wurde in der Produktionsleistung mitunter unmenschliches verlangt, was sich auch in der Krankheitsziffer ausdrückt. So macht sich bei vielen Anlegerinnen der Senkfuß bemerkbar, andere kranken an Unterleibsleiden, Bleichsucht und Blutarmut befallen die, die dauernd mit Puder und Bronze zu tun haben. Im Kupfertiefdruck findet eine Farbe Verwendung, die Gifte, also eine gesundheitsschädliche Beimischung erhält. Auch in einem Dresdner Großzeitungsbetrieb findet diese Farbe Verwendung.

Die im vorigen Jahre erfolgte Lohnerhöhung im

Durch Straßen und Gassen, von Haus zu Haus.*)

Erinnerungen und Betrachtungen eines Krankenbesuchers.

Von Otto Schindler.

I. Ist der Krankenbesucher ein Polizist?

„Gehst du wieder auf den Fang?" sagte lächelnd einer meiner früheren Arbeitskollegen, als ich im Begriff war, in das Haus eines Patienten einzutreten.

„Auf den Fang?" gab ich etwas ernst zurück.

„Nun, du bekommst doch fünfzig Pfennig für jeden Patienten, den du zu Hause nicht antrifft und meldest?"

Das Lachen war nun auf meiner Seite. Und ich habe tüchtig und herzlich gelacht. Des Arbeitskollegen Gesicht wurde größer und größer. Zog sich in die Länge und es bekam die Gestalt einer gelben Kohlrübe. Und ein ernster Ausdruck zog darüber hin, der nur seine Verlegenheit und seine Enttäuschung wiedergab.

„Ja, ist es denn nicht so?" fragte er nach einer Weile, nachdem er sich von seinem Schrecken etwas erholt hatte.

„Nein, lieber Kollege! Was gäbe das für ein Rennen um die fünfzig Pfennige, wenn es so wäre Und wäre damit der Krankenkasse gedient? Soll die Krankenüberwachung allein den Zweck haben, nur aufzupassen, daß der Patient recht schön zu Hause bleibt und ja nichts tut, was einer Arbeit gleichsieht? Nein! Denn dann könnte man ja die Polizei mit den Aufgaben der Krankenüberwachung betrauen und man hätte das, was die Versicherten so gern daraus machen: Ein Polizeiorgan zum Aerger der kranken Kassenmitglieder.

Will dies aber auch der Gesetzgeber? Lies einmal § 347 der Reichsversicherungsordnung und die hierzu geschriebenen Kommentare. Die Reichsversicherungsordnung schreibt einmal den Ausschüssen der Krankenkassen vor, eine Krankenordnung zu erlassen, um, wie die Kommentare sagen, das zweckwidrige Verhalten der Patienten, ihren Heilprozeß zu verzögern, im Interesse der Kassenmitglieder zu vereiteln.

Denke dir einmal: In irgendeinem großen Industriegebiet einer Krankenkasse melden sich aus irgendeinem wirtschaftlichen Ereignis fast alle Arbeiter eines Großbetriebes erwerbsunfähig krank. Die Krankmeldungen dieser Kasse steigen von 3—4 Proz. auf 10, 12 und 14 Proz. Die Kassenbeiträge müßten um das Doppelte, ja Dreifache erhöht werden. Wer würde dies am meisten zu spüren bekommen?"

„Aber das sind doch nur Ausnahmen!" entgegnete mir mein alter Kollege.

„Richtig, Ausnahmen. Aber die Regel? Darüber wollen wir uns bei der nächsten Gelegenheit unterhalten. Doch aber nicht auf der Straße. Sicher können wir uns einmal irgendwo treffen und du kannst noch einige alte frühere Kollegen mitbringen. Auch die Jungen dürften es wissen und die Frauen. Schimpfen diese doch gern über die Kassen und das viele Geld, das immer eingezahlt werden muß. Und wenn man einmal krank ist, wird man sofort zum Vertrauensarzt geladen oder gleich ins Krankenhaus gesperrt."

„Das ist auch noch so ein Kapitel, über das man noch sehr viel zu sagen hätte", warf der Kollege ein.

„Ganz recht", entgegnete ich. „Doch alles hat seine Gründe. — Hast du übrigens eine Krankenordnung?

„Nein, ich war noch nicht krank."

„Da hast du eine. Und wenn du sie durchgelesen hast, wirst du erkennen wie notwendig der Krankenbesucher ist. Und du wirst auch sehen, welche Aufgaben ihm zufallen und daß es ganz nebensächlich ist, ob er den Kranken daheim antrifft oder nicht. Denn vom Verhalten des Patienten ist doch der Krankheitszustand mehr oder weniger zu beurteilen. Und für eine Krankenkasse ist es sehr wichtig zu wissen, wie sich der Kranke in seiner Krankheitsdauer verhält.

In vielen Fällen aber kann auch der Krankenbesucher Berater und Helfer in seiner Krankheitsnot sein. Denn Krankheit ist Verlust für den Arbeiter, und in sehr vielen Fällen meldet sich der Arbeiter erst krank, wenn es bereits zu spät ist. Auch sind seine Wohnverhältnisse so, daß Krankheiten ständiger Gast der Bewohner sind. Hier einzugreifen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Krankenbesucher."

„Tut das der Arzt nicht?"

„Er sollte es tun. Doch auch der Arzt ist heute ein Mann, der nur auf den Verdienst ausgeht. In den seltensten Fällen findet er Zeit, sich um das Wohl des Kranken zu kümmern. In den meisten Krankheitsfällen kommt er ja auch nicht in das Haus des Patienten, denn die Krankenordnung schreibt ja vor, zum Arzt zu gehen, wenn man ausgehen kann. So weiß der Arzt weder wo sein Patient wohnt, noch wie er wohnt.

Der Krankenbesucher kommt aber überall hin. Und wenn du einmal so mitgehen könntest, würdest du einen anderen Begriff von dem Wirken und Arbeiten eines Krankenbesuchers bekommen. Doch davon das nächste Mal. Auf Wiedersehen, Kollege!"

„Auf Wiedersehen!"

Der Arbeitskollege ging seines Weges, wenn ich nicht irre, zum Stempeln. Er war arbeitslos. Ich trat ins Haus.

II. „Ich darf nicht krank sein".

Das Haus stand in einer der finsteren, schmutzigen Gassen der Altstadt, in die weder Licht noch Luft dringen konnte. Es war zum Ersticken. Und dazu war es noch heiß, furchtbar schwül, der Boden dampfte. Wie schön wäre es, in den Wald zu gehen und unter dem Schatten eines Baumes zu träumen. Wovon?...

*) Aus „Gesundheit". Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes.

ganzen von 8 Proz. war durch das dauernde Anziehen der Preise, durch die Mieterhöhung und durch die erhöhte Abführung sozialer Lasten zu einem Nichts zusammengeschmolzen. Danach skizzierte der Gauleiter ganz kurz die jetzige Lohnbewegung.

Die Lohnbewegung des Dresdener Stein- und Lichtdruckhilfspersonals endete mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, der eine 8prozentige Lohnerhöhung mit sich brachte, nach fast einjährigem tariflosen Zustand. Das Dresdener Blechdruckereihilfspersonal hat sich mit Erfolg den Steindruckertarif zu erkämpfen gewußt.

Des weiteren berichtete Kollege Herrmann über seine Tätigkeit als Gauleiter, die seine Anwesenheit in 255 Fällen, 67mal in Gauortschaften notwendig machte. An einer ganzen Anzahl von Fällen bewies er, wie ängstlich die Kollegenschaft in der Provinz mitunter noch ist, und wie wenig sie ihre Berufsinteressen vertritt.

Ein besonderes Kapitel bilden die Bildungs- und Schulungskurse, deren Besuch viel zu wünschen übrig ließ, obwohl die Lehrmittel an die Teilnehmer unentgeltlich abgegeben wurden. Die älteren Kräfte müssen einst durch jüngere ersetzt werden, deshalb sollte jeder Funktionär sein geistiges Rüstzeug in den Kursen holen. Außerdem drückt sich die Stärke einer Organisation nicht allein ziffernmäßig aus, sondern auch durch den Geist, der sie beseelt.

Unser Gau umfaßt 31 Zahlstellen. In 7 Orten sind Einzelzähler vorhanden. Organisiert sind im Gau 3694 Personen, wobei der Steindruck vorherrschend ist. 730 Mitglieder waren 4219 Wochen arbeitslos und 1957 Mitglieder 7585 Wochen krank.

Nach dem Situationsbericht des Kollegen Herrmann brachte der Gesangverein „Gutenberg" zwei Tendenzlieder zu Gehör. Hierauf folgten die Berichte der Delegierten, wovon zu erwähnen ist, daß auch in der Provinz die Kündigungen durchgeführt worden sind. Eine Zahlstelle wies auf zwei Fälle hin, da kein Betriebsrat besteht. Diese Situation wird vom Prinzipal zuungunsten der Arbeiterschaft ausgenützt. Aus diesem Grunde mußte mit diesen beiden Prinzipalen ein Kompromiß abgeschlossen werden. Auf verschiedene Anfragen der Delegierten erklärte Kollege Miering vom Buchbinderverband, daß die Kampfesmaßnahmen der Gehilfen und der Hilfsarbeiterschaft die in Druckereien beschäftigten Buchbinder nicht zur Kündigung verpflichte. Die Unternehmer, die ihrem Buchbinderpersonal kündigten, handeln tarifwidrig, und bei solchen Kündigungen sei sofort beim Betriebsrat Einspruch zu erheben.

Zum bevorstehenden Verbandstag befaßte sich Kollege Täubrich mit den von der Zahlstelle Dresden gestellten Anträgen, Zusammenfassung verschiedener Paragraphen im Statut, die sich mit ein und derselben Sache beschäftigen, Verlängerung verschiedener Unterstützungen usw., deren Annahme durch die Delegierten erfolgte. Es steht uns das Recht zu, zum Verbandstag sechs Delegierte zu entsenden. Hiervon entfallen auf Dresden drei und auf den Gau drei. Aus dem Gau werden auf Antrag der Zahlstelle Glauchau die Orte Bautzen, Zwickau und Bischofswerda Kandidaten für den Verbandstag aufstellen. Von der Zahlstelle Dresden war für den Gautag ein Antrag eingegangen, nach welchem in § 7 des Gaustatuts folgendes eingefügt werden soll:

„Der Schriftführer wie auch der Gauvorortkassierer sollen zum Gautag geschickt werden, ohne daß sie sich zur Wahl stellen. Beide haben Mitberatungs-, aber kein Mitbestimmungsrecht." Der Antrag wurde damit begründet, daß sich der Schriftführer wegen Abfassung des Protokolls im selben Ort des Gauleiters befinden soll. Der Gauvorortkassierer soll aus kassentechnischen Gründen anwesend sein. Die Zahlstelle Zwickau erklärte, daß es für den Gau beschämend sei, wenn der Gauvorortkassierer seines Mitbestimmungsrechtes enthoben würde und stellte den entsprechenden Gegenantrag, der einstimmige Annahme fand.

Von der Zahlstelle Zwickau waren drei weitere Anträge eingegangen, worin sie wünschte, daß Zwickau in die nächsthöhere Ortsklasse eingereiht werde und sämtliche Feiertage bezahlt werden sollen. Auf Antrag des Gautages werden diese Anträge dem Hauptvorstand als Material überwiesen.

Unter Verschiedenes beantrage Kollege Findewirth-Chemnitz, dem jugendlichen Kollegen Barthel aus Brundöbra, der sich unter Hinanstellung seiner Person um unsern Verband sehr verdient gemacht hat, eine Unterstützung aus der Gaukasse zugehen zu lassen. Der Gautag bewilligte einstimmig 50 Mk.

Kollege Herrmann-Dresden wünschte, daß die Abrechnungen aus den Zahlstellen pünktlicher und ohne Mahnung eingeschickt würden. Selbige müssen von einem Revisor mit unterschrieben sein. Bei Eintritten ist der Tag des Eintritts mit anzugeben, während bei Uebertritten die Bücher zwecks Nachprüfung der dort geleisteten Beiträge mit einzusenden sind. Bereits gezahlte Unterstützungen müssen im Buch in die dafür bestimmten Rubriken eingetragen werden.

Nachdem als nächster Gautagungsort Meißen bestimmt worden war, schloß Kollege Herrmann nach einem kurzen Rückblick und nach Abstattung des Dankes an die Chemnitzer Kollegenschaft gegen 4 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Verband den Gautag.

Margarethe Lehmann.

Was jeder wissen sollte.

Bearbeitet und zusammengefaßt von M. Abramowitsch-Jesimof.

(Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

Rasse

(Menschenrasse) ist eine größere Gruppe von Individuen, die durch eine bestimmte, durch äußere Naturauswirkungen (Klima, Bodencharakter u. dgl.) hervorgerufene, ständige und vererbbare körperliche Eigenart — des Gliederbaues, der Gehirnmasse, der Haut-, Haar- und Augenfarbe u. a. m. — sich von den andern unterscheidet. In der Urzeit und bei den primitiven, auf niedrigsten Entwicklungsstufen befindlichen Völkern — überall wo die Menschen noch in kleineren, voneinander getrennten, sich selbst genügenden Gruppen wirtschaften, dort erhält sich die Rassenart am reinsten, und jede in sich geschlossene Gesellschaft weist dort auch eine gewisse Rasseneinheit auf. Mit der weiteren Wirtschaftsentwicklung jedoch nimmt auch der gesellschaftliche Verkehr immer mehr zu. Die Entwicklung des Tauschverkehrs, der Uebergang von Natural- zur Geldwirtschaft und die dadurch geförderte Weiterentwicklung des Handels brachten die verschiedensten Völker einander näher und der gegenseitige Verkehr wurde immer inniger. Dies hatte im Laufe der Zeit auch die Vermengung der Rassen zur Folge: Je höher der soziale Entwicklungsgrad, je mehr werden die Rassengrenzen verwischt. So finden wir heute die Rassenarten am meisten erhalten nur noch in den in ihrer Entwicklung rückständigsten Gegenden und Weltteilen. Die Negerrasse in Australien und Afrika, die gelbe Rasse in Asien, die Indianer Amerikas. Von den modernen europäischen Völkern bildet heute kein einziges eine bestimmte Rasseneinheit mehr: die Deutschen ebensowenig wie die Franzosen, Engländer u. a. Jedes dieser Völker stellt vielmehr eine mehr oder weniger bunte Mischung der verschiedensten Rassentypen dar. — In jenen Zeiten, wo die in ihrer wirtschaftlichen Existenz voneinander bedrohten Völker und Stämme zugleich auch durch Rasse voneinander getrennt waren, nahm das gegeneinander gehegte feindliche Gefühl die Form des Rassenhasses an. Mit dem Verschwinden der scharf gezogenen Rassengrenzen bei den höher entwickelten Gesellschaften hört auch dieser Haß auf. Ein Europäer „germanischen" Ursprungs empfindet heute bei Begegnung mit einem andern Europäer „romanischer" Herkunft absolut nichts von dem, was man Rassenhaß nennen kann. Der heutzutage noch von gewissen Kreisen propagierte Rassenhaß ist nur ein künstliches Gezücht, das nur gepflegt wird, um gewisse, allzu nackte Interessen und Bestrebungen zu bemänteln, die mit Rasse als solcher in Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Staat

ist die politische Zwangsorganisation einzelner menschlichen Gesellschaften zur Normierung und Sicherung der wirtschaftlichen und der sich aus diesen ergebenden Rechtsbeziehungen. Der Staat ist demnach eine gesellschaftliche Organisationsform, die erst allmählich, im Verlauf einer längeren Geschichtsentwicklung, sich herangebildet hat. Solange die Menschheit sich noch auf jener niedrigsten Stufe befand, auf der es keine differenzierte Wirtschaftsorganisation gibt, fehlten auch noch alle Voraussetzungen für das Entstehen des Staates. Selbst ein Regulator der wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen, wird der Staat seinerseits durch die Wirtschaft in doppelter Weise bedingt: sowohl in bezug auf seinen Umfang als auch hinsichtlich seiner Struktur (System, Verfassung). Ein Staat kann nur dort existieren, wo die ihn bildende Gesellschaft wirtschaftlich unabhängig ist. Im Mittelalter, als die Menschen noch in kleinen, in sich geschlossenen und wirtschaftlich sich selbst genügenden Gesellschaften lebten, konnten auch die winzigen Kleinstaaten bestehen. Mit der Zunahme der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse in neuerer Zeit gehen die Zwergstaaten in modern-kapitalistischen Großstaaten auf. Die in unserer Zeit immer mehr zunehmende Entwicklung der modernen industriellen Wirtschaft zur Weltwirtschaft birgt in sich die Tendenz einer völligen Aufhebung der Grenzen — eines Aufgehens der Einzelstaaten in eine gemeinsame politische Weltorganisation der Menschheit. Im Zeichen dieser Tendenz stehen derartige Erscheinungen unserer Zeit wie die Bestrebungen nach einer internationalen Zollunion und die Paneuropa-Bewegung. Ferner: Soll der Staat seinen Aufgaben gerecht werden können, so muß seine Struktur dem jeweiligen vorwiegenden Wirtschaftssystem angepaßt sein. Daraus ergeben sich die Wandlungen, die der Staat infolge wirtschaftlicher Systemwechsel durchmacht. So ist die zum Absolutismus (Selbstherrschaft) sich zuspitzende monarchistische Ordnung des Feudalstaates dem agrarischen Wirtschaftssystem des Mittelalters ebenso angepaßt wie andererseits die demokratisch-republikanische Staatsform dem Charakter der industriekapitalistischen Wirtschaftsstruktur unserer Zeit entspricht. Indes: Alle diejenigen Wirtschaftssysteme, die das Bestehen einer staatlichen Organisation notwendig machen, sind stets zugleich Klassensystems. — Das patriarchalische ebenso wie das feudale und kapitalistische. Innerhalb eines jeden dieser Systeme herrscht eine bestimmte Gesellschaftsklasse vor, die das gesamte Wirtschaftssystem wie auch den Staat zugleich repräsentiert, und nach der sich auch die regulierende Tätigkeit des Staates richtet. Stets bildet der Staat das politische Machtmittel und Werkzeug der jeweilig herrschenden Klasse. In diesem weitesten Sinne ist jeder Staat ein Klassenstaat. Insofern bildet der Staat auch für die aufstrebende moderne Arbeiterklasse zugleich die Vorbedingung und das unerläßliche Mittel ihres sozialen und politischen Machtvordringens.

Im Hause war es dunkel und feucht und mich schauderte, als ich mich so durch den kalten, öden und unfreundlichen Hausgang schlich. Tastend, mit der Blendlaterne in der Rechten, kam ich nur vorwärts und ich hatte Mühe, den Kranken im Hause zu finden. Mehrmals mußte ich fragen. Und oftmals stieß ich mit der Schädeldecke an irgendeinen Querbalken, wenn ich mich an einem Strick die Hühnerstelge hinaufzog, obwohl mein Leben in einem sehr kurzen Körper steckt.

Doch endlich fand ich ihn in einer der Bühnenkammern, in der die Sonne nur flüchtig durch die Dachluke scheint. Mit der Laterne konnte ich seine Lagerstatt erkennen. Auf einem Strohsack mit einem schmutzigen Leintuch überzogen und nur dürftig mit einer Wolldecke bedeckt, lag der Kranke röchelnd, kaum auf eine Frage Antwort geben könnend. Und doch wollte ich wissen, was ihm fehlte, was er von Beruf ist und wessen Pflege er genießt. Denn krank, schwer krank war er, und er bedurfte einer guten Pflege.

Mit Mühe erfuhr ich, daß der Kranke Hilfsarbeiter war, wenig verdiente, lediglich auf die Unterstützung Fremder angewiesen, kaum vermochte nur einen Tag zu feiern, ohne mit Schrecken daran denken zu müssen, neben der Gesundheit nicht auch noch seine Arbeitsstelle zu verlieren.

„Ich kann nicht krank sein", erklärte er mir immer wieder, wenn ich davon sprach, er solle in ein Krankenhaus gehen, um sich zu heilen.

„Dann entläßt man mich und wo bekomme ich dann wieder Arbeit heute?" sagte er immer wieder, und er wehrte sich mit all seinen noch verfügbaren Kräften gegen die Einweisung in ein Krankenhaus. Und doch mußte es geschehen. Konnte ich einen Menschen so liegen lassen?

Mit einer Hausbewohnerin, einem armen Proletarierweib, Mutter unzähliger Kinder, nahm ich Rücksprache und erfuhr, daß der Kranke ein sehr solider, arbeitsamer Mensch sei und sich bei der Arbeit durch einen raschen Temperaturwechsel, Zug oder unvorsichtigen raschen Trunk, stark erkältet habe und nun schon tagelang ohne eine richtige Wartung in der Bühnenkammer liege. Seine Quartierfrau geht den ganzen Tag auch zur Arbeit und komme sehr spät des Nachts heim und könne sich kaum um den Kranken kümmern. Doch der Arzt habe Wickel verschrieben, und das könne sie doch nicht machen.

Ich verstand die Sprache der Proletarierfrau und hielt die Unterbringung des Kranken in ein Spital für dringend notwendig, sollte er überhaupt in kürzerer Zeit wieder gesund werden. Oder sollte ich ein Leben verlöschen lassen? Was hatte dieser arme Mensch zu verlieren?

Ich veranlaßte die rasche Unterbringung in ein Krankenhaus.

Hab ich dem Menschen damit geholfen? Ich weiß es nicht. Ich begegnete ihm im Leben nie mehr. Und wenn ich ihn wirklich sehen würde, würde ich ihn noch kennen? Und welche Notiz nahm er von mir? In seinen Augen war ich der Krankenbesucher, ein Beamter, der die Interessen der Kasse vertritt; nicht die des Patienten, des Krankenkassenmitgliedes.

Und ist nicht beides das Richtige?

Die Antwort möge sich jedes Kassenmitglied selbst geben.

III. Der Lungenkranke.

Quer schritt ich über die schmale Gasse und trat in eine der breiteren Straßen der Stadt, wo nicht nur die Sonne, sondern auch eine frische, gesunde Luft zukam. In einem der Häuser besuchte ich schon seit Wochen einen Patienten, der schwer lungenkrank war. Seine Tage waren gezählt und oft fragte ich mich, was soll ich dort?

Lange blieb ich weg und besuchte andere Patienten, die ich für den Besuch dringender hielt. Da traf mich eines schönen Tages seine Frau, ein mageres, abgehärmtes Frauchen, der man das Elend, die Not, die Entbehrung und die Sorge um ihren kranken Mann hundert Schritte weit ansah. Sie war eine jener Frauen, die leiden können, ohne zu klagen.

„Warum kommen Sie nicht mehr zu meinem Manne?" fragte sie.

Ich gebrauchte eine nichtssagende Ausrede und schämte mich. Wie erbärmlich ist doch der Mensch, der nur seiner Arbeit nachzurennen hat.

Aber ich besuchte den Kranken des öfteren und verwandte mehr Zeit an ihn als an die anderen Kranken, und gab freiwillig, was zwangsweise ich nicht tun konnte. Wer schätzte diese Tätigkeit? Das war doch Krankenschwesterndienst!

Und doch, der Kranke freute sich immer wieder wenn ich kam. Und je öfter ich kam, desto lieber war es ihm.

So ging ich soviel ich konnte. Es kostete mir ja nicht mehr als meine Freizeit. War die Ausgangszeit herangerückt und konnten die ausgangsfähigen Kranken ihren vorschriftsmäßigen Spaziergang antreten, dann fuhr ich, wenn ich in einem anderen Stadtviertel war, mit der Straßenbahn nach der Straße, stieg die vier Stockwerke des hellen, lichten Hauses hinan und besuchte meinen Lungenkranken.

Es war ein kleines, runzliches altes Männlein geworden, obwohl er kaum viel über die Vierzig hinaus war. Und er lag wie ein kleines Kind in seinem schneeweißen Bett, das ihn fast ganz verdeckte. Und öfters habe ich ihn suchen müssen unter seinem großen Federbett. Ihn fror eben immer und wenn es draußen auch recht heiß war und jeder gern den Schatten aufsuchte. Aber den Lebensmut verlor er nie; bis zu seinem Tode nicht. Immer steckte er voller Hoffnung. Und wenn ich einmal nicht zur versprochenen Stunde kam, dann konnte er im heiteren Tone sagen: „Sie haben natürlich geglaubt, bis dahin bin ich abgekratzt und brauchen nicht mehr kommen. So schnell kriegen Sie mich aber nicht."

Aus den Zahlstellen.

Braunschweig. In der äußerst gut besuchten Versammlung hielt der Gauleiter Kollege Sparkuhl das Referat: „Die Verbindlichkeitserklärung und unsere Stellungnahme hierzu.“ Der Referent gab zunächst die Vorgänge vor und während der Verhandlungen wieder, besonders den Standpunkt der Unternehmer, die jedes Entgegenkommen ablehnten. Der Arbeitsminister hat den Wünschen der Unternehmer Rechnung getragen und die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen. Der Schiedsspruch hat damit Gesetzeskraft erlangt und die Maßnahmen der Arbeitnehmer illusorisch gemacht, was begreiflicherweise große Erregung, ja Empörung in ihren Reihen hervorrief. In der nachfolgenden Diskussion, die dem Referat folgte, kam das deutlich zum Ausdruck. Auch dem Hauptvorstand wurde manch wahres Wort über die äußerst mangelhafte Information der Zahlstellenleitungen gesagt. (Dann wäre Braunschweig aber die einzigste Zahlstelle, die sich zu beklagen hätte. Alle anderen Orte sind sehr gut informiert worden. Sonderbar! D. Red.) Keiner der Versammelten ist mit dem Schiedsspruch und dem Ausgang dieses Lohnkampfes zufrieden. Gefordert wurde, daß die Gewerkschaften, insbesondere der ADGB., sich vor allem für die Senkung der Preise der Lebensmittel einsetzen; Lohnerhöhungen sind, wenn solche erreicht, durch die Teuerung bereits überholt, es wird keine Verbesserung der Lebenshaltung erreicht. Die Versammlung ersuchte, auf den Hauptvorstand in diesem Sinne zu wirken. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute (Wann ist das Heute? D. Red.) im Ulrici in Braunschweig tagende, gut besuchte Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung von der Verbindlichkeitserklärung seitens des Reichsarbeitsministers Kenntnis und bedauert, daß es dadurch unmöglich geworden ist, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Sie erwartet daher, daß der Hauptvorstand, da in diesem Schiedsspruch den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft keine Beachtung geschenkt ist, alles daran setzen wird, einen gerechten Ausgleich spätestens im Oktober dieses Jahres durch eine weitere Erhöhung zu erreichen.“

In dem Tarifstreit mit der Firma Nottemeier ist das erstinstanzliche Urteil bestätigt, die Firma somit wieder verurteilt, den tariflichen Lohn zu zahlen. Herr Bruer will gegen dieses Urteil Berufung beim Reichsarbeitsgericht einlegen.

Dresden. Unsere am 22. März im großen Saal der „Annensäle“ von über 1000 Personen besuchte Versammlung stand im Zeichen des Protestes gegen die unzulängliche Lohnzulage für das Buchdruckpersonal. Kollege Täubrich begründete, warum unser diesjähriger Gautag etwas früher als sonst stattfinden muß, da die auch auf dem Gautag zu besprechenden Anträge zum Verbandstag bis zum 2. April eingehen müssen und auch lt. Statut vor jedem Verbandstag ein Gautag stattfinden muß. Der Gautag soll am Sonntag, dem 25. März, in Chemnitz stattfinden. Für den Gautag lag ein Antrag vor, der besagt, daß der Gauvorort zum jeweiligen Gautag den Schriftführer und den Gauvorortkassierer entsendet, ohne daß sie sich zur Wahl stellen. Beide besitzen Mitberatungs- aber kein Mitbestimmungsrecht. Dieser, in § 7 des Gaustatuts einzufügende Antrag, fand gegen eine Stimme Annahme. Als Gautagsdelegierte der Dresdner Zahlstelle wurden gewählt die Kolleginnen Volf, Hoppe und Klein und die Kollegen Täubrich, Mädler und Dill. Zum Verbandstag lagen folgende Anträge vor: Zusammenziehung mehrerer Paragraphen, die sich mit der gleichen Sache befassen und Verlängerung verschiedener Unterstützungen. Letzteres verursachte eine sehr lebhafte Aussprache. Ein Dutzend Redner meldeten sich zum Wort. Die Mehrzahl von ihnen war für die Verlängerung der Unterstützungen, betonte dabei, daß der Verband niemals vergessen dürfe, eine Kampforganisation zu bleiben. Die Verlängerung der Streikunterstützung fand besonders allgemeine Zustimmung. Zur Fortführung einer Invalidenunterstützung verhielt sich die Kollegenschaft ablehnend, da es Aufgabe des Staates und der Kommune sei, für die Invaliden ausreichend zu sorgen. Gegen 14 Stimmen fanden die Verbandsanträge Annahme. Zu Punkt „Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe“ berichtet Koll. Herrmann eingehend von den Lohnverhandlungen und ihrem Ergebnis. Er kritisierte die Manöver der Unternehmer, nicht nur der im Buchdruckgewerbe, er forderte die Anwesenden auf, die vom Verbandsvorstand eingeleiteten Kampfmaßnahmen streng zu befolgen und unbedingt Disziplin zu wahren.

In der sehr erregt geführten Debatte begrüßte man allseitig den Beschluß der Organisationsleitung und versprach dessen strikte Durchführung. Eine Kollegin wies darauf hin, daß die Unternehmer Reserven zu Anschaffungen usw. aufspeichern können, wo dann unsere Reserven seien? Unsere Löhne reichten nicht aus, um die Magenbedürfnisse der ganzen Woche zu befriedigen, geschweige denn sich einmal einen Genuß geistiger Nahrung zu verschaffen. Mehrere Kollegen erklärten, daß sie diese Kampfmaßnahmen schon im vergangenen Jahre erwartet hätten und sie restlos durchführen würden. Eine andere Kollegin erinnerte an den schweren Kampf vor 20 Jahren, bei dem nur ein kleines Häuflein organisiert war und heldenhaft wochenlang ausgehalten habe. Unter den heutigen Verhältnissen, da wir bis zu 100 Proz. organisiert seien und die Organisation gesetzlich anerkannt, sei es nicht mehr so schwierig wie damals, einen Kampf zu führen. Ein Kollege vom Steindruck bekundete die Solidarität seiner Sparte und forderte zur Disziplin auf. Inzwischen war folgende Resolution eingegangen:

„Die am 22. März versammelte zahlreiche graphische Hilfsarbeiterschaft Dresdens billigt die Anordnung des Hauptvorstandes, durch Aufkündigung ihrer Arbeitsverhältnisse den Kampf aufzunehmen für eine bessere und gerechtere Lebenshaltung. Die Versammelten verpflichten sich und geloben, treu und fest bis zum letzten Organisierten die Parole des Hauptvorstandes zu befolgen.“

Diese Resolution stand mit zur Debatte und fand einstimmige Annahme. Somit konnte sich Kollege Herrmann in seinem Schlußwort kurz fassen und nur noch die Art und Weise der für morgen durchzuführenden Kündigungen erklären. Mit dem Ruf: „Durch Kampf zum Sieg!“ schloß er die imposante Versammlung.

Dresden. In der am 29. März stattgefundenen überfüllten Versammlung des Buchdruckereihilfspersonals nahm die Kollegenschaft die Berichterstattung über die Beendigung des Lohnstreites, gegeben durch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers, entgegen.

Kollege Herrmann ging von der am vorigen Donnerstag stattgefundenen glänzend verlaufenen Kundgebung und der daselbst beschlossenen Kampfmaßnahmen aus. Redner schilderte eingehend die neue, durch die Verbindlichkeitserklärung geschaffene Situation. Unerträglich für den Kenner der Verhältnisse im graphischen Gewerbe ist dieser Schiedsspruch ein Schlag ins Gesicht der um bessere Lohnverhältnisse kämpfender Arbeiterschaft. Die Unternehmer spielten in diesem Kampfe eine traurige Rolle. Auf ihre Macht pochend, die in allen hohen und höchsten Stellen der staatlichen Behörden eine würdige Unterstützung findet, beantragten sie trotz Ablehnung des Schiedsspruches nachträglich die Verbindlichkeitserklärung. Leider ist die graphische Arbeiterschaft durch Gesetz gefesselt, sie kann nicht dagegen anrennen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, ihr Vermögen aufs Spiel zu setzen und damit die Organisation in ihren Grundfesten zu erschüttern. Aus diesem Grunde müssen wir zähneknirschend das fast Unmögliche hinnehmen und am morgigen Tage die ausgesprochene Kündigung wieder rückgängig machen. Kollege Herrmann erläuterte nun noch besonders eingehend die Schlichtungsordnung in bezug auf Strafrecht bei eintretenden Streiks oder auch nur bei Anstiftung von solchen. Er warnte die Kollegenschaft vor unbesonnenen Schritten und ersuchte auch, in der Diskussion sachlich über die Situation zu diskutieren.

Hierauf setzte eine außerordentlich erregte Debatte ein. Fast alle Redner lehnten den Schiedsspruch ab. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, „eine andere Versammlungsleitung sofort wählen zu wollen, um über weitere Maßnahmen unser Ausschluß der Organisation beschließen zu können“, wurde nach Aufklärung durch Kollege Herrmann gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die nachstehend verzeichnete Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die im überfüllten Saale der „Annensäle“ versammelten Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen nehmen von der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister Kenntnis. Die Buchdruckereihilfsarbeiterschaft ist empört über das Verhalten der staatlichen Schlichtungsstellen und deren Anwendung auf die Arbeiterschaft. Sie stellen sich geschlossen hinter ihre Organisation und warten mit Ungeduld auf den Augenblick, wo sie diese der Arbeiterschaft hohnsprechende Ungerechtigkeit wieder gut machen können.“

Ernsten Zeiten gehen wir entgegen, die Wahlen stehen vor der Tür, Arbeiterschaft wacke auf und sorge dafür, daß durch eure eigene Mithilfe der Einfluß in den staatlichen und kommunalen Instanzen stärker wird, dann können derartige Schiedssprüche nicht mehr gefällt werden.

Frankfurt a. M. In der am 29. März im Gewerkschaftshaus tagenden außerordentlichen Generalversammlung ließ der Vorsitzende, Koll. Kalb, nachdem das Ableben zweier Kolleginnen in der üblichen Weise geehrt wurde, die Geschehnisse der letzten Tage auf tariflichem Gebiet in klarer, deutlicher Weise Revue passieren. Den Gang der Verhandlungen bis zur Fällung des Schiedsspruches eingehend schildernd, macht er den Versammelten das dadurch bedingte Handeln der Organisationsvorstände verständlich. Die sachlich geführte Diskussion bezeugte, daß seine Worte Verständnis gefunden hatten. Dann folgte die Beratung von Anträgen für den Verbandstag. Verschiedene Eingänge betr. Invalidenversicherung wurden zusammengezogen und zum Antrag erhoben. Das gleiche vollzog sich auf die statutarischen Unterstützungszweige. Ein Antrag, den Industrieverband betreffend, wurde nach mehrseitiger Widerlegung abgewiesen. Geschäftliche Mitteilungen, die sich auf Geschäftsverkehr, Rechnungsführung und Betriebsrätewahlen bezogen, fanden ebenfalls ihre Erledigung. Ein gut durchdachter Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen schloß sich würdig an. Die überaus stark besuchte Versammlung schloß Koll. Kalb mit der Bitte, an solch reger Anteilnahme am Organisationsleben festzuhalten. Der Geist, von dem die Versammelten beseelt waren, spricht aus der angenommenen Entschließung.

„Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Frankfurt a. M. nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß der Schiedsspruch des Zentralschlichtungsamtes vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde. Sie findet sich mit der gegebenen Tatsache ab, um nunmehr die Kampfmaßnahmen in gewohnter Geschlossenheit und Disziplin abzubrechen. Die Versammelten geloben feierlichst, weiterhin für die Geschlossenheit der Organisation alles daran zu setzen, um bei gegebener Zeit die erlittene Scharte wieder auszugleichen. Dem Verbandsvorstand wird aufgegeben, sobald die Konjunktur dazu angetan ist, erneute Lohnforderungen zu stellen.“

Zwickau. Außerordentliche Versammlung am 29. März 1928. In Anwesenheit des Vorsitzenden der Buchdrucker der Zahlstelle Zwickau eröffnete Vorsitzender Kollege Käseberg die Versammlung, die in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung gut besucht war. Zum neuen Lohnabkommen gab der Vorsitzende nach Verlesen der Schreiben des Hauptvorstandes sowie Gauleiters bekannt, daß wir in voller Einmütigkeit wie bei Einreichung der Kündigung auch jetzt wieder handeln müssen und uns den gegebenen Anweisungen fügen. Die Abstimmung ergab bei 97 Anwesenden für Annahme des Schiedsspruches 74, dagegen 20 bei 2 ungültigen Stimmen.

Kollege Helbig erstattete Bericht vom Gautag in Chemnitz. Anschließend wurden der Vorsitzende Kollege Käseberg und die 2. Vorsitzende Kollegin Stopp als Kandidaten zum diesjährigen Verbandstag in Köln nominiert. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Neid einer „bestbezahlten“ Klasse? In diesen Tagen wurde am Zechenverband zu Essen über eine Verkürzung der augenblicklich geltenden Arbeitszeit für den Ruhrbergbau verhandelt. Die Zechenvertreter überboten sich in Klagen. Die Konjunktur sei nur eine Mengenkonjunktur, eine Dividende von 6 Proz. sei gar nichts, wenn Sparkassen und festverzinsliche Werte höhere Zinsen zahlen. Ironisch wurde an die Arbeitervertreter die Frage gestellt, ob wir nicht in der Lage seien, den Zechen billiges Leihgeld (zu 4 Proz.) zu verschaffen? Der Generaldirektor Dr. H. wies dabei auf die Konsumanstalten hin, die von der Arbeiterschaft ins Leben gerufen worden sind und sich heute schon tausendfach als Preisregulator bewährt haben.

Wir können den Schmerz der Herren Unternehmer verstehen. Genau wie ehedem mit ihren Werkspensionskassen, Werkssparkassen usw., hatten sie durch Werkskonsumanstalten die Möglichkeit, große Kapitalien aus Arbeitergroschen zusammenzutragen und in ihren Betrieben nutzbringend anzulegen. Heute wird in dieser Beziehung die Arbeiterschaft auch immer selbständiger, sie legt ihre Sparpfennige in ihren eigenen Betrieben an und die Unternehmer sind gezwungen, sich notwendige Gelder auf anderen Wegen zu beschaffen. Dabei ist es ein sehr bequemer Weg geworden, Neuanlagen und Anschaffungen aus den laufenden Einnahmen zu decken und auf Unkostenkonto oder ähnliches abzubuchen. So wird zugleich auch der tatsächliche Gewinn der Werke auf die einfachste Art verschleiert.

Für die Arbeiterschaft sollte das aber ein Ansporn sein, mehr noch als bisher einerseits durch organisatorischen Zusammenschluß dem Unternehmertum einen möglichst großen Teil seiner Betriebsgewinne abzutrotzen. Andererseits aber auch die eigenen Unternehmen der Arbeiterschaft noch mehr zu unterstützen und zu fördern als bisher, denn das ist der praktische Weg, die Produktion in die Hände der Allgemeinheit zu bringen!

Ein großer Mann und seine Bewunderer. Der im Jahre 1905 verstorbene Professor Ernst Abbe war zweifellos einer der größten Wirtschaftsgestalter der deutschen Industrie. Als Sohn eines armen Spinnereiarbeiters hat er sich zu einem genialen Gelehrten und Unternehmer emporgearbeitet. Nebendem war Ernst Abbe aber auch ein Sozialreformer von Format. Lange bevor in Deutschland die Unternehmer an die praktische Einführung des Achtstundentages dachten, wurde er von Ernst Abbe in den von ihm entwickelten Karl-Zeiß-Werken in Jena zur Einführung gebracht. Die Monatszeitschrift der Vereinigten Stahlwerke A.-G. „Das Werk“ schildert im neuesten Heft die Bedeutung und Entwicklung Abbes. In diesem Aufsatz finden wir folgende Stelle:

„Die einzigartige sittliche Größe des Mannes aber liegt darin, daß er sich entschloß, seinen ganzen erworbenen Reichtum noch bei Lebzeiten der Allgemeinheit zu schenken. So wurde er ein Wohltäter des Volkes und ein Sozialreformer ersten Ranges. Er übergab die Zeiß-Werke der gemeinnützigen Karl-Zeiß-Stiftung. Er verzichtete dabei nicht nur auf sein Vermögen, das auf 10 Millionen Mk. geschätzt wurde, sondern auch auf sein großes Unternehmereinkommen. Er war fortan lediglich Angestellter in den von ihm selbst geschaffenen Werken und erhielt als solcher Gehalt wie jeder andere Werkbeamte.“

Das Organ des Stahlvereins hebt die große Bescheidenheit und die soziale Einstellung Abbes hervor und stempelt sie zur einzigartigen sittlichen Größe. So etwas findet man nur bei anderen beachtenswert. Die Begründer und Leiter des Stahltrusts finden weniger das Bedürfnis, als Sozialreformer zu gelten oder zur einzigartigen sittlichen Größe emporzusteigen. Die Herren der Schwerindustrie hatten im Gegenteil von jeher den Ehrgeiz, als Scharfmacher in der Geschichte fortzuleben.

Mehr als fünf Milliarden Spargelder. Im Monat Januar hatten die deutschen Sparkassen eine Zunahme des Einlagebestandes von 381 Millionen Mark zu verzeichnen. Das ist die höchste seit der Stabilisierung. Der Januar hebt sich in dieser Beziehung besonders hervor, weil die Kapitalzinsen zugeschrieben werden und die Gutschrift von aufgewerteten Spareinlagen erfolgt. Der Bestand der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen betrug Ende Januar 5046 Millionen Mark.

Warnung vor Zeitungen mit Abonnentenversicherung. Die „Breslauer Volkswacht“ brachte am Freitag, dem 23. März, folgende bedeutsame Notiz:

„Dreißig Jahre war ein hiesiger Maschinenwärter Abonnent von „Försters Gerichtszeitung“, nicht wegen des Inhalts, sondern weil am Kopfe steht: „Hohe Volksversicherung gegen Tod und Unfall bei bescheidensten Gebühren.“ Willig bezahlte er durch die Jahre seine 35 Pf. wöchentlich. — Und jetzt?

Jetzt ist die Zeitung einen neuen Versicherungsvertrag eingegangen, von dem alle über 60 Jahre alten bisherigen Abonnenten von der Versicherung ausgeschlossen sind. Das ganze Geld ist umsonst bezahlt. So wird es später einmal auch denen gehen, die sich heute auf eine solche Zeitungsversicherung einlassen. Der Fall mag sehr vielen zur Warnung dienen!“

Literatur.

Die gesetzlichen Vorschriften über den Mutterschutz und die Mutterschaftsfürsorge. Von Friedrich Kleels, Bürgermeister in Aschersleben. 48 S. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C. 1, Christianstr. 19. Einzelpreis 60 Pf., bei Parteibestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Abrechnungen.

Die Abrechnung vom 1. Quartal 1928 ist aus **Gau Thüringen** eingegangen.

Berlin, 7. April 1928.

Heinrich Lodahl.

Für die Woche vom 8. bis 14. April ist die Beitragsmarke für das 15. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer langjährigen Verbandskassiererin **Anna Helbig zur Vermählung** mit Herrn Kurt Teichert am 14. April 1928 ein dreimal **kräftiges Hoch!**

Wir gratulieren.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Zwickau.

Unserer lieben Kollegin **Anna Schmidt** und ihrem Bräutigam Adam Leißler die **besten Glückwünsche zur Vermählung.**

Die Kollegenschaft der Zahlstelle Darmstadt.

Verantwortlich für Redaktion: K. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1328. — Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68

Hierzu eine Beilage.

FÜR DEINE FRAU

Liebe und Ehe.

Von H. Peus, Dessau.

Liebe ist Natur, Ehe Kultur. Die Liebe dient ihrem Erfolge nach der Fortpflanzung des Menschengeschlechts, sie ist aber unmittelbar Liebeslust und Freude. So wie Essen und Trinken der Erhaltung des Individuums dienen, aber unmittelbar auch Freude und Lust bereiten. An unmittelbarer Lust und Freude haben beide Geschlechter gleichen Anteil, während im Enderfolge das weibliche Geschlecht die Leiden der Schwangerschaft und die Schmerzen der Geburt zu ertragen hat. Für den Mann ist die Liebe an sich nur Freude, für das Weib vermischt mit schwerem Leid.

Das Kind bringt die Frau auch in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann. Für sich und ihr Kind braucht die Frau Nahrung vom Mann. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit macht die Ehe notwendig. Das Weib, das Mutter zu werden nicht ablehnt, braucht den Ehevertrag. Der Ehevertrag besagt, daß der Mann und die Frau, die ihn schließen, in Geschlechtsgemeinschaft leben und sich verpflichten, die aus dieser Geschlechtsgemeinschaft hervorgehenden Kinder gemeinsam zu ernähren. Der Staat sanktioniert diesen Vertrag. Soll diese Vertragsgemeinschaft eine beglückende sein, dann setzt sie voraus, daß zwischen beiden eine seelische Gemeinschaft besteht, daß sentimentale Zuneigung den einen an den anderen fesselt. Keine beglückende Ehe ohne gegenseitige Zuneigung. Zum vollen Eheglück gehört aber auch geistige Gemeinschaft. Wo diese fehlt, kann die eheliche Gemeinschaft leicht brechen.

Die Ehescheidung schlägt im allgemeinen mehr die Frau als den Mann. Die Erschwerung der Ehescheidung zielt im allgemeinen darauf ab, den Unterhalt der Frau und der Kinder mehr zu sichern, als es bei leichter Ehescheidungsmöglichkeit sichergestellt ist. Der Reichstag hat kürzlich eine Ehescheidungsmöglichkeit beschlossen, die nicht mehr nur auf Verletzung der geschlechtlichen Treue ruht, sondern auch dann gegeben sein soll, wenn die seelische oder geistige Gemeinschaft so zerrüttet ist, daß ein Zusammenleben nicht zugemutet werden kann. Damit wird anerkannt, daß zu einer wahren Ehe nicht nur geschlechtliche Treue, sondern auch seelische und geistige Gemeinschaft gehört. Die sogenannte freie Ehe oder freie Liebe ist so lange nicht möglich, als nicht der Grundsatz aufgestellt wird, daß jede Frau und jedes Kind ihre Existenz durch die Gesellschaft so gut wie alle übrigen garantiert bekommen. Es ist nicht anzunehmen, daß es alsbald dahin kommt, daß die Gesellschaft in solchem Maße die Verantwortung für die Existenz der Frauen und Kinder übernehmen wird. In Rußland hat die Ehefreiheit in Richtung der Verantwortlichkeit alsbald aufgehoben werden müssen.

Es ist gar kein Zweifel, daß das Ideal ist, daß Mann und Weib, die jung sich finden, bis an ihr Lebensende in Gemeinschaft bleiben. Das setzt aber voraus, daß auch wenigstens sentimentale Gemütsgemeinschaft besteht. Wo die fehlt oder verloren gegangen ist, entsteht das Recht auf Scheidung, doch bleibt immer für den Mann die Verpflichtung bestehen, daß er einen Irrtum bei der Wahl seines weiblichen Partners mit mehr oder weniger vollständiger Alimentation der Frau zu bezahlen hat. Diese Alimentationspflicht, wie auch die Pflicht, etwaige Kinder zu alimentieren, macht die nur vom Willen des Mannes abhängige und dadurch freie Ehe unmöglich. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet, der Wahn ist kurz, die Reu ist lang." Diese Worte Schillers bleiben ewig wahr. Sie sind nicht etwa nur ein Ausdruck bürgerlicher Eheauffassung. Die Familie als Zelle der Gesellschaft muß der feste Baustein sein, aus dem die Gesellschaft sich aufbaut. Die fürs Leben geschlossene Ehe ist auch das Fundament für das persönliche Glück.

Aber wie alles im Leben, bleibt sie ein selten erreichbares Ideal. Seelische Harmonie und geistige Ueberzeugungsgemeinschaft sind nur selten begleitende Tatsachen der Vertragsgemeinschaft, die ein Mann und ein Weib vor dem Staate als Zeugen schließen. Am ehesten findet sich die Gesinnungsgemeinschaft neben der sentimentalen Liebe zwischen Menschen einfacher Bildung. Wo aber der Mann zu den Höhen des Wissens und Erkennens hinansteigt und das Weib ihm nicht folgt, da muß es notwendigerweise dazu führen, daß die beiden Menschen, die in jeder Beziehung eine Gemeinschaft zu haben interessiert wären, sich auseinander leben. Der einmal vor dem Staat geschlossene Vertrag über Geschlechtsgemeinschaft kann nicht absolute Geltung beanspruchen wollen, Scheidung muß möglich sein, auch wenn die Geschlechtsgemeinschaft an sich möglich bliebe, wenn die Gemeinschaft der Seelen wie der Geister fehlt. Damit aber aus solchem Grunde die Scheidung möglich sei, ist zweierlei notwendig: das Weib muß den Willen haben, aus eigener Arbeitsleistung zu leben, nicht durch den Geschlechtsvertrag ein für allemal auch einen Ernährungsvertrag geschlossen zu haben, das Weib muß zu dem Stolz kommen, auch nicht im allergeringsten durch Geschlechtsgemeinschaft Anspruch auf Alimentierung zu gewinnen. Zweitens aber muß die Gesellschaft dem Weibe auch die Möglichkeit zu solcher Unabhängigkeit vom Manne bieten. Beides ist am wenigsten von heute auf morgen zu ermöglichen. Ob überhaupt jemals? Und so wird die Ehe immer nur eine mehr oder weniger starke Annäherung an das Ideal einer leiblichen, seelischen und geistigen Gemeinschaft darstellen, um so mehr als die nicht aus Erwägungen, sondern aus unmittelbarer Leidenschaft hervorgehende Gemeinschaft die Regel darstellt und darstellen muß, wenn es zu höchster Glückseligkeit kommen soll.

Wohl denen, die fürs Leben das große Los einer in jeder Beziehung glücklichen Ehe ziehen!

Der Frauen Macht.

Von Fritz Brenneisen.

Mag sein, daß es nicht schön klingt, wenn ich sage, ich hätte mich seit einiger Zeit bemüht, meinen Freunden Geschichten zu erzählen, die ich dem Leben abgelauscht habe.

Mag sein, wie gesagt.

Indessen möchte ich so weiterfahren, nicht nur aus meiner Achtung vor der Wahrheit, sondern auch, weil ich glaube, daß damit der erwünschte Zweck weit eher erreicht wird.

Auch heute gedenke ich eine Geschichte zu erzählen, die, tatsächlich vorgekommen, den darin handelnden Personen wenig zur Ehre gereichen dürfte. Das soll mich aber nicht hindern, oder gar abhalten, Einzelheiten zu verschweigen oder gar zu entstellen, indem ich statt der Wirklichkeit meine Phantasie zu Hilfe nehme. Vielmehr glaube ich, daß es manchmal im menschlichen Leben so kleine, ganz unscheinbare Einzelheiten des Vorfalls gibt, die größten Einfluß ausüben, ohne daß sich die Betroffenen darüber eine Erklärung zu geben vermöchten.

*

In einem kleinen Dörflein der vorderen Rheinpfalz wurde Johann als Sohn eines armen, gottesfürchtigen Fuhrmanns geboren. Mit ihm schrien noch vier Rangen um Brot, das ihnen der Vater nicht zur Genüge geben konnte.

Er kam in eine Fabrik, um ein Handwerk zu erlernen. Gleichgültig, welches.

Es war in jenen Jahren, da man hierzulande noch keine so große und mächtige Arbeiterbewegung kannte. Das Sozialistengesetz wurde brutal angewandt und Johann bekam die „Segnungen" kapitalistischer Fürsorge zu genießen. Er war aber Not gewöhnt und sein demütiges Herz lehnte sich gegen Not und Unterdrückung nicht auf. Das muß so sein, dachte er, und ließ alles stillschweigend geschehen.

Er wurde ein richtiger Geselle und brachte es beim „Kommiß" sogar zum „Schnapser". Darauf war er nicht minder stolz und die schwächste Partie seines Körpers, die er mit einer Mütze aus zweierlei Tuch bedeckt hatte, strahlte, wenn er seine Katharina besuchte.

Er heiratete, mußte in den Krieg ziehen, hatte Glück und kam wieder gesund heim zu seiner Frau.

*

Durch Deutschland ging das Mailüfterlsäuseln des November 1918. All diese Ereignisse sind auf Johann nicht ohne Einfluß geblieben. Kurz, er wurde Mitglied seiner Berufsorganisation, einer freien Gewerkschaft. Er begann auch einige Schlagworte, wie „Wirtschaftsfriede", „Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche des Kapitals" des öfteren nachzusprechen, auch abonnierte er eine Arbeiterzeitung.

Das ging einige Wochen. Die Ernüchterung kam wieder nach dem mitgemachten Trubel und die Weihnachtszeit stand vor der Tür. Frau Katharina hätte mehr Geld gebraucht, als der Kapitalist seinem Sklaven gibt. Man muß sich einschränken, meinte sie. Alle unnötigen Ausgaben vermeiden.

„Johann!"

„Was denn, Käthche."

„Du mußt die Zeitung abbestellen. Unsere bisherige (das „Wochenblatt fürs christliche Heim") genügt für uns, auch kostet sie nicht so viel. Und der Herr Pfarrer hat g'sagt, dein Verband stifte nur Unfrieden. Deswegen wollen die Arbeitgeber nicht mehr Lohn bezahlen. Da kannst du doch nicht mitmachen. Das Beste ist, du trittst aus."

„Wo denkst du hin! Ich wäre bei meinen Arbeitskollegen unmöglich. Man würde nicht mehr mit mir sprechen und mich als ihren Feind betrachten."

„Dann wird der Herr Pfarrer helfen."

„Nein, ich tue es dennoch nicht."

„Und du wirst es doch tun, sag' ich."

Nun kamen eine Reihe seltsamer Tage. Wenn Johann abends aus dem Betrieb heim kam, da fand er einmal das Essen kalt vor, dann war einmal wieder gar nichts gekocht, und am schlimmsten waren die Lohntage. Vor dem Freitag graute es Johann schon die ganze Woche. Gab er die Lohntüte hin, flogen ihm die Schimpfwörter nur so an den Kopf, weil er den Verband wieder bezahlt habe. Johann versuchte, seine Frau auf die Notwendigkeit der Organisation hinzuweisen — doch all sein Mühen und Beginnen war vergebens. Er, der geborene Schwächling, trat aus dem Verbande aus.

Dann hielt der Hausfriede wieder Einzug.

Aber seltsam, der Friede wurde abermals gestört.

Die Arbeiter schufteten und schufteten, nie aber wollte das Geld, ihr Lohn ausreichen. Es war zu wenig. Man mußte mehr haben. Die Lebensmittel wurden immer teurer, die Mieten stiegen . . .

Dann kam ein großer Streik . . .

In der Familie des Johann ging es eine Woche; die zweite auch noch, aber immer knapper und knapper, und schließlich mußte man beim Bäcker und beim Fleischer, ach, überall, anschreiben lassen.

Keine Aussicht, der Streik dauerte weiter, die Arbeiter waren beharrlich, sie verlangten ihr Recht und so lange . . . wollten der Bäcker und der Fleischer und alle — alle — dem Johann und seiner Familie nicht borgen . . .

Was nun?

Eines Tages sagte Johann, daß, wenn er jetzt noch Mitglied seines Verbandes wäre, sie jetzt nicht zu hungern brauchten, er würde Unterstützung erhalten.

Und da brach die Hölle wieder los. Der Herr Pfarrer hat g'sagt . . . der Herr Pfarrer hat g'sagt . . .

Aber der Herr Pfarrer gab ihnen nichts zu essen, nur ein paar fromme Worte umsonst.

Vorwürfe flogen hin und her. Und in der ohnmächtigen Wut eines zur Verzweiflung gehetzten Weibes schrie sie ihn an, daß er an allem die Schuld habe, er sei Mann und hätte wissen sollen, was zu tun sei . . .

Er antwortete indessen nicht mehr. Warf nur sein Jackett um, riß die Mütze von der Wand und stürmte, stieren Blicks, die Tür krachend ins Schloß werfend, hinaus, dem Walde zu, irgendwohin . . .

Aus dem Hause schrien die Kinder nach ihm, dem scheinbar irre gewordenen Vater.

Umsonst!

Er stürmte davon . . .

Nach Stunden brachten ihn zwei Bekannte zurück. Schweiß perlte auf seiner Stirn, seine Augen irrleuchteten.

Sie hätten ihn vor dem Zuge, unter den er sich werfen wollte, weggerissen. Seine Absicht ahnend, seien sie ihm gefolgt. Dann, nachdem sie das gemeldet hatten, gingen sie wieder.

Dumpfe Verzweiflung machte sich breit. Kroch von den Wänden zur Decke, tanzte vor den Fenstern wie Marionetten, sprang über die Köpfe, beklemmte Herz und Seele und trieb mit ihnen ein grausiges Spiel.

Die Kinder hockten herum und starrten die beiden Eltern an. Bald weinten sie, um dann plötzlich wie Idioten vor sich hinzulachen. Eigentlich war es kein Lachen; mehr glich es dem Blöken einer Schafherde, die nach Weide sucht und sich auf einer sandigen Heide weiß — — —

Der Abend kam. Groß und still trat er hinter dem Walde hervor, kam auch in die Stube und wollte auch hierein seinen Frieden bringen.

Still saßen sie und ließen den Abend gewähren. Sie beruhigten sich an seinem großen und tiefen Schweigen. Und da fanden sie sich selbst wieder.

Dann warfen sie sich in die Arme der Nacht mit dem Hoffen, der Schlaf breite seinen linden Schatten über ihre schmerzenden Augen und wiege sie in einen beglückenden Traum . . .

*

Uebrigens: die Geschichte hat auch eine Moral. Nicht nur, daß sie den Vorzug hat, wahr zu sein, sie zeigt uns auch die Macht, welche die Frau auszuüben in der Lage ist in bezug auf die Zugehörigkeit des Mannes zu einer Organisation.

Ein großer Teil des Befreiungswerkes der Arbeiterklasse muß Werk unserer Frauen sein. Was sie heute zu entbehren glauben, wenn der Mann Verbandsbeiträge bezahlt, ist ihnen indirekt schon lange wieder zugekommen. Und wenn sie, die jetzt lebenden, auch die Früchte der Kämpfe und Entbehrungen aus unserer Zeit nicht mehr ernten — so mögen sie sich um so entschlossener zu uns stellen: Aus Liebe zu ihren Kindern, die sie geboren, deren freiere Zukunft durch unsern Kampf errungen werden soll.

Die Arbeiterfrau.

Wie die Rationalisierung nur auf das Interesse des Unternehmertums eingestellt ist ohne eine soziale Gestaltung des Problems, ohne Hebung der Produktion durch Schaffung von gutgelohnten und damit kaufkräftigen Massen, so ist auch die neue kapitalistische Sorge um die „Seele des Arbeiters" eine Sorge nur um den kapitalistischen Vorteil erhöhter Produktion. Das muß man dem Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung lassen, daß es bei seiner Propaganda wenigstens ehrlich ist und offen zugibt, daß seine Sorge um die Seele des Arbeiters in dem rein wirtschaftlichen Verlangen nach erhöhter Produktion seine Wurzel hat.

Aus dem gleichen Gedankengange heraus auch die Sorge um die Arbeiterfrau, um den Arbeiterhaushalt. Man ist bestrebt, die Arbeiterfrauen hauswirtschaftlich zu schulen, indem man, besonders im Ruhrgebiet, Hausfrauenschulen für diesen Zweck geschaffen hat. Aber nicht aus sozialer Fürsorge, nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft. Nein, die Arbeiterfrau, die nicht zu wirtschaften versteht, die nicht versteht,

„die sauer verdienten Pfennige zusammenzuhalten", diese Arbeiterfrau wirkt produktionsvermindernd, wie man offen erklärt, da der Mann dieser Frau nur mit schweren Sorgen und starken Hemmungen an seine Arbeit gehen kann.

Also wieder nur die kapitalistische Produktion als maßgebend. Kein Wort von einer Sorge für das soziale Wohl an sich und das Glück im Arbeiterheim. Das Werk hat ein „berechtigtes Interesse" daran, daß die Arbeiterfrau wirtschaften kann. So wird offen erklärt.

Erhöhung der Produktion ist schön und gut und eine volle Verwertung jeglicher Kraft ebenfalls. Doch nur, wenn vor allem das soziale Bedürfnis der schaffenden Menschen befriedigt ist. Mag Produktion noch so wertvoll sein, zunächst kommt der Mensch und dann nochmals der Mensch.

Was nützt alle hauswirtschaftliche Einteilung des kärglichen Lohnes, wenn er dennoch nicht reicht? Wenn er dennoch nicht zur Ernährung und Kleidung und Bildung und Erholung und zur Pflege des Nachwuchses genügt?

Und was nützt alles hauswirtschaftliche Können, so gut es auch an und für sich ist, wenn der Kapitalismus auf der anderen Seite große Massen arbeitslos auf die Straße wirft? Wenn diese arbeitslosen Massen selbst bei geschicktester Wirtschaft nicht das haben, was auch nur zum bescheidensten Leben nötig ist?

Gerade hierüber macht der Med.-Rat Dr. Bröckerhoff aus Hagen jetzt einige lehrreiche Angaben. Er weist in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" auf das Massensterben der Kinder in den ersten Lebenstagen hin und er bringt diese furchtbare Lebensschwäche im Zusammenhang mit der sozialen Not der Frauen durch die große Erwerbslosigkeit der Männer.

Selbst mit den Zulagen, die den schwangeren Frauen gegeben werden, reicht die Nahrung nicht für die Familie. Die Mütter geben aus einer gewiß falschen und doch immerhin menschlich verständlichen mütterlichen Sorge heraus ihre Zulagen der Familie. Und dennoch Unterernährung bei allen und bei der schwangeren Frau erst recht. Und daher das Massensterben schon in den allerersten Tagen des Lebens.

Gerade das Gespenst der Arbeitslosigkeit mit seinen sozialen Schrecken und Nöten zeigt uns, daß wir das Problem tiefer fassen müssen als bei Reformen. Es ist ein Mangel des Systems, der da in die Erscheinung tritt. All die Nöte sind eine Erscheinungsform der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und nur dann wird soziale Wohlfahrt mit wirtschaftlicher Produktion vereint sein, wenn beides gestaltet ist unter dem einen Gedanken sozialen Glücks.

Ein Revolutionär ist jeder, der die bestehende soziale Ordnung umstürzen und eine andere erproben möchte.

Die englische Verfassung ist revolutionär. Für den russischen oder angloindischen Bureaukraten bedeuten allgemeine Parlamentswahlen genau so gut eine Revolution wie ein Referendum oder Plebiszit, bei denen das Volk mit den Waffen anstatt mit dem Stimmzettel kämpft. Die französische Revolution hat eine Herrscherklasse gestürzt und sie durch eine andere mit abweichenden Interessen und abweichenden Anschauungen ersetzt. Dazu wird dem englischen Volk alle sieben Jahre durch das allgemeine Wahlrecht, wenn es nur will, Gelegenheit geboten. Die Revolution ist also in England eine nationale Einrichtung und ihre Befürwortung durch einen Engländer bedarf keiner Entschuldigung.

Jeder Mensch ist revolutionär in den Dingen, die er versteht. Zum Beispiel ist jeder, der seinen Beruf kennt, skeptisch in bezug darauf und folglich ein Revolutionär. Jeder wahrhaft religiöse Mensch ist ein Ketzer und daher ein Revolutionär. Jeder, der wirklich Bedeutendes im Leben leistet, beginnt als Revolutionär. Die hervorragenden Menschen werden mit zunehmendem Alter immer revolutionärer, obwohl man gewöhnlich annimmt, daß sie konservativer werden, weil sie den Glauben an die herkömmlichen Reformmethoden verloren haben.

Jeder Mensch unter dreißig, der trotz einiger Kenntnis der bestehenden Gesellschaftsordnung kein Revolutionär ist, ist minderwertig. Und doch haben Revolutionen noch niemals das Joch der Tyrannei abgeschüttelt, sie haben es bloß auf eine andere Schulter gewälzt.

* * *

Die gedankenlose Niedertracht, mit der wir an moralisch Kranke wie an tatkräftige Empörer Gefängnisstrafen, die Marter der Einzelhaft und der Lattenpritsche — auch Prügelstrafe verabreichen, ist nichts im Vergleich mit der dummen Leichtfertigkeit, mit der wir die Armut hinnehmen, wie wenn sie entweder ein bekömmliches Kräftigungsmittel für faule Leute oder eine Tugend wäre, die man freudig hinnehmen muß, wie St. Franziskus sie hinnahm. Wenn ein Mensch faul ist — laßt ihn arm sein. Wenn er ein Trinker ist — laßt ihn arm sein. Wenn er kein Gentleman ist — laßt ihn arm sein. Wenn er den schönen Künsten oder der reinen Wissenschaft ergeben ist, anstatt dem Handel und der Finanzwissenschaft — laßt ihn arm sein. Wenn er es vorzieht, seine in der Stadt verdienten achtzehn Schilling Wochenlohn oder seine auf dem Lande verdienten dreizehn Schilling für sein Bier und seine Familie auszugeben, statt sie für das Alter aufzusparen — laßt ihn arm sein. Für den „Unwürdigen" soll nichts geschehen — laßt ihn arm sein. Es geschieht ihm schon recht. Deshalb — ein bißchen widersinnig — selig sind, die da arm sind.

Elfte Ausschußsitzung des ADGB.

(Schluß.)

An Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Bundesvorstandes, Hermann Silberschmidt, wurde der Gauleiter des Deutschen Baugewerksbundes für den Bezirk Berlin-Brandenburg, Otto Lehmann, einstimmig gewählt.

Dann nahm der zweite Vorsitzende Graßmann das Wort zu einem Bericht über die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er erinnerte an die Beschlüsse des Pariser Kongresses des IGB. und der Sitzung seines Ausschusses im Januar. Danach sind die Aufgaben, die vom Kongreß dem Ausschuß überwiesen wurden, die Wahl des Präsidenten und des Hauptsekretärs des IGB. und die Bestimmung des Sitzes des Bundes, immer noch ungelöst.

Graßmann gibt eine Darstellung der Situation, die nach dem negativen Ergebnis der Ausschußsitzung entstanden ist. Bei der Neugestaltung der inneren Ordnung des IGB. müsse auch Bedacht darauf genommen werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes, insbesondere die internationale Konzentration des Kapitals, das Wachstum internationaler Kartelle dem IGB. besondere und wichtige Aufgaben stelle.

Leipart teilt mit, daß die Landeszentralen inzwischen vom Vorstand des IGB. aufgefordert worden sind, positive Vorschläge über den Sitz und für den Posten des Präsidenten und des Generalsekretärs einzureichen. Der Bundesausschuß des ADGB. müsse nun diese Aufforderung des IGB. erfüllen. Es besteht kein Grund, dem britischen Gewerkschaftsbund den Posten des Präsidenten streitig zu machen. Somit bliebe für den Ausschuß des ADGB. die Aufgabe, Vorschläge zu machen für den Sitz des IGB. und die Person des Generalsekretärs. Die Frage, wer Generalsekretär wird, erscheint Leipart wichtiger als die Frage des Sitzes. Die Vorschläge der Landeszentralen werden der nächsten Sitzung des Ausschusses des IGB. vorgelegt werden. Im Zusammenhang hiermit teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand des ADGB. 10 000 Mk. zur Unterstützung der von der politischen Reaktion hart bedrängten Gewerkschaften der Balkanländer bewilligt hat.

In der anschließenden Debatte ergab sich als einmütige Meinung aller Verbandsvorstände, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem Verlauf der Januartagung des IGB. keine eigenen Vorschläge hinsichtlich der Sitzverlegung mehr machen werden. Selbstverständlich bedeutet dieser Beschluß nicht, daß die deutschen Gewerkschaften darauf verzichten, in den kommenden Verhandlungen zu den Vorschlägen der anderen Landeszentralen Stellung zu nehmen. Die Ausschußsitzung des IGB., die endgültige Beschlüsse fassen soll, wird erst in der zweiten Hälfte September stattfinden.

Anschließend berichtete Schlimme im Auftrage der Kommission für Verwaltungsreform über Vorschläge zur Vereinheitlichung der Unterstützungen in den Gewerkschaften.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Bundesausschusses am 20. März sprach Gertrud Hanna über die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zur Aenderung des Hausarbeitsgesetzes. Der Bundesvorstand hat hierzu Anträge ausgearbeitet, über die jedoch zwischen dem Bundesvorstand und den an der Frage beteiligten Verbänden nicht abschließend verhandelt werden konnte. Die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums sieht die Einbeziehung der Zwischenmeister und ihrer Betriebe in das Hausarbeitsgesetz vor. Der Bekleidungsarbeiter-Verband billigte die Einbeziehung der Zwischenmeister, während andere Organisationen sie verwerfen. Der Bundesausschuß müsse daher diese Frage klären; im übrigen bestand volle Uebereinstimmung.

Am 21. März behandelte der Bundesausschuß in seiner Sitzung die Frage, ob es nicht zweckmäßig und notwendig sei, alle wirtschaftlichen Unternehmungen der dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften in fachlichen Gruppen zusammenzufassen und darüber hinaus eine Holdinggesellschaft zu schaffen, die als zentrale Instanz den organisatorisch und wirtschaftlich notwendigen Ausgleich zwischen den fachlichen Gruppen vorzunehmen hätte. Die eingehende Aussprache, der ein vollständiger vom Bundesvorstand unterbreiteter Plan zugrunde lag, ergab für die Klärung der vorbereitenden Maßnahmen sehr wertvolle Gesichtspunkte. Es konnte sich bei der ersten Erörterung dieses weitgreifenden Fragenkomplexes natürlich nicht darum handeln, schon bestimmte Richtlinien aufzustellen. Dazu sind die Fragen vorläufig noch nicht genügend geklärt. Der Bundesausschuß beauftragte daher den Bundesvorstand, eine Erhebung über den Bestand an Unternehmungen und Vermögenswerten der Gewerkschaften durchzuführen, um eine feste sachliche Grundlage für die detaillierte Durcharbeitung des Planes unter juristischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten zu schaffen.

Der Vorsitzende des Baugewerksbundes Bernhardt brachte die zurzeit in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gepflogenen Beratungen über die Regelung der Wartezeit für solche Arbeitnehmer, die jahreszeitlich verminderte Arbeitsgelegenheit haben, zur Sprache. Er legte Verwahrung dagegen ein, daß die Bauarbeiter schlechter behandelt werden sollen als andere Arbeiter.

Spliedt legt die Ursachen dar, die dazu geführt haben, daß die Frage der Wartezeit brennend geworden ist. Das Gesetz schreibt eine Wartezeit von sieben Tagen vor und gibt die Möglichkeit, sie auf drei Tage zu verkürzen, aber auch zu verlängern. Die Verlängerung ist hauptsächlich gedacht für Berufe mit jahreszeitlicher Arbeitslosigkeit. Die Festsetzung der Wartezeit liegt in der Hand der Reichsanstalt. Bisher ist die allgemeine Wartezeit weiter auf drei Tage belassen und eine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter über sieben Tage hinaus im wesentlichen verhindert. Diese Regelung gilt bis zum 1. April.

In der Diskussion wird mit großer Entschiedenheit die Auffassung vertreten, daß die Anordnungen über die Wartezeit unter keinen Umständen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschichten darstellen dürfen, die unter jahreszeitlicher Arbeitslosigkeit leiden. Die Ausführung des Gesetzes dürfe nicht zu einer Gefahr für die von den Gewerkschaften errungenen Löhne werden, wie es, wenn man die in der Reichsanstalt erörterten Pläne ansieht, den Anschein hat.

Industrialisierung und Fabrikhygiene.

Von Dr. med. Georg Wolff.

I.

Allgemein-hygienische Gesichtspunkte: Industrialisierung, Arbeiterschutzgesetze und Sterblichkeitsabnahme.

Die fortschreitende Industrialisierung aller Kulturländer, der wachsende Bedarf und Austausch von Rohstoffen und Fertigfabrikaten aller Art auf dem internationalen Warenmarkt haben die Fabrikhygiene schnell zu einem wichtigen Bestandteil der Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen gemacht. Die Arbeit in Gewerbe und Industrie beschäftigt heute einen so großen Teil der werktätigen Bevölkerung in allen Ländern, nicht nur in England und Deutschland, den ausgesprochenen Vertretern der Industriewirtschaft, sondern auch in der Schweiz und Holland, in Italien und Frankreich, daß es heute kaum noch angängig ist, in Europa von reinen Agrarstaaten, wenn wir einmal von Rußland und dem Balkan absehen, zu sprechen. Zum mindesten hat auch die landwirtschaftliche Beschäftigungsweise in allen modernen Staaten infolge Einführung der Maschinentechnik einen so ausgesprochen industriellen Charakter angenommen, besonders in den mit der Landwirtschaft in engster Beziehung stehenden Großbetrieben des Molkerei-, des Brennerei- und Brauereigewerbes, daß die Fragen der Gewerbehygiene hier nicht minder Beachtung verdienen, als in den rein industriellen Fabrikanlagen der chemischen, der Textil- oder Metallindustrie.

Unsere nachstehenden Ausführungen über die Hygiene der Arbeitsstätte beziehen sich nicht nur auf den industriellen Großbetrieb, die „Fabrik" im üblichen Wortsinn, sondern ebenso auf den gewerblichen Kleinbetrieb, der eine hygienische Kontrolle im Interesse aller Beteiligten nicht weniger erforderlich macht. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetze, die Einführung der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung in allen Ländern während der letzten fünfzig Jahre, an denen heute auch die überwiegende Mehrzahl der kaufmännischen und technischen Angestellten teilnimmt, hat eine weitgehende Besserung aller gesundheitlichen Verhältnisse bereits herbeigeführt. Darüber belehrt ein Blick in die Sterblichkeitsstatistik, die nirgends so günstige Zahlen für die Gesamtheit der Bevölkerung aufweist wie in den Staaten, in denen die Arbeiterwohlfahrtsgesetze am frühesten und energischsten zur Durchführung gelangten (England, Holland, nordische Staaten, Schweiz, Deutschland). Die Sterblichkeit in Europa ist nicht etwa dort am günstigsten, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung auf dem Lande beschäftigt ist (Rußland, Balkan, Frankreich, Italien), sondern dort, wo die Gesetze zum Schutz der werktätigen Bevölkerung am energischsten durchgeführt worden sind. Und das ist aus leicht begreiflichen Gründen in den Zentren der Industriestaaten, in denen ein großer Teil der Bevölkerung zu übersehen ist, besser möglich als in der weitläufigen Siedlungsweise der Agrarstaaten.

Was von den Ländern im allgemeinen gilt, trifft auch für den Einzelbetrieb im besonderen Falle zu. Es ist keine Frage, daß dort, wo Technik und Industrie die großen Triumphe gefeiert haben, auch die hygienische Kultur die bedeutendsten Fortschritte gemacht hat und am meisten zur Sicherstellung des wertvollsten Kapitals der Arbeitenden, ihrer Gesundheit, beigetragen hat.

Die gleiche Entwicklung, die wir im Kulturleben der Völker während der letzten hundert Jahre registrieren, können wir noch heute im einzelnen beobachten. Derjenige Betrieb, der die besten hygienischen Sicherheitsmaßnahmen hat, arbeitet auch heute noch rationeller als der primitive, der den Zeichen der Zeit nicht folgt. Die dauernde Einsparung an Krankheitstagen und Unfallfolgen macht die einmaligen Mehrkosten für Sicherheitsvorrichtungen doppelt wett. Das beweisen die Statistiken der großen Fabrikkrankenkassen und Berufsgenossenschaften immer wieder. Darum läuft letzten Endes das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen hygienischen Fragen parallel, wobei vorausgesetzt wird, daß auf beiden Seiten der Wille zu nutzbringender Zusammenarbeit besteht und nicht kleinliche Nörgeleien zum Gegenstand unfruchtbarer Auseinandersetzungen gemacht werden.